

Talk im Hangar-7
Bankenrettung – Überfall auf den Bürger?
ServusTV, 27.06.2013, 22:150 Uhr

(Transkript)

Der Talk im Hangar-7 heute mit dem Thema: Bankenrettung – Überfall auf den Bürger? Zu Gast sind:

Hannes Androsch, der ehemalige österreichische Finanzminister und Großindustrielle, hält fest: Für den Steuerzahler wird die Bankenrettung teuer, allerdings gab es dazu keine Alternative.

Hedwig Schneid – die Journalistin gibt der Politik Mitschuld an den Milliardendebakeln und sagt: Nicht die Sparer, sondern die Manager müssen haften, wenn eine Bank in Schieflage gerät.

Wolfgang Gerke – der Bankexperte ist überzeugt: Die EU hätte viel früher Aktionäre und reiche Sparer zur Kasse bitten müssen, um die europäischen Steuerzahler zu entlasten.

René Zeyer – der Journalist und Autor fordert: Keine einzige Bank sollte gerettet werden, die Politik hat es versäumt, die Zombie-Banken pleite gehen zu lassen. Ihre Gastgeberin heute: Imke Köhler.

Imke Köhler: Guten Abend, herzlich willkommen. Werden wir von Brüssel überfallen? Wenn ja, merken wir wenig davon, denn die Verantwortlichen sind nicht maskiert und bewaffnet. Es sind unsere eigenen Politiker, die in zähen Verhandlungen unser Geld verplanen, um Staaten und Banken zu retten. Und das geht jetzt schon seit fünf Jahren so.

Im September 2008 erschüttert die Pleite der US-Bank Lehman Brothers die globalen Finanzmärkte. Es ist der Beginn einer der größten Wirtschaftskrisen der Geschichte. Großbanken in aller Welt geraten ins Wanken, EU-Staaten stabilisieren ihre maroden Geldinstitute mit Milliardenkrediten. In Österreich und Deutschland werden Banken verstaatlicht, der Finanzsektor mit gigantischen Geldspritzen gestützt. Ganze Volkswirtschaften taumeln, die Kredithilfen für die Krisenstaaten fließen zu großen Teilen in die maroden Geldhäuser. Bankenrettung um jeden Preis?

Erst im März 2014 kommt die neue europäische Bankenaufsicht. Schon gestern beschlossen die Finanzminister der Euro-Länder: Wer mehr als 100.000 Euro angespart hat, Aktien oder Anleihen besitzt, wird künftig an der Bankenrettung beteiligt. Mit Steuergeldern zahlt der Bürger bereits für die Banken-Misswirtschaft der Vergangenheit, jetzt wird er in seiner Rolle als Sparer und Anleger für Fehlspekulationen der Zukunft zur Kasse gebeten. Gerät die Bankenrettung zum politisch verordneten Banküberfall auf die Bürger?

Imke Köhler: Herr Androsch, beginnen wir mit Österreich. Die Rettung der österreichischen Pleitebanken wird im schlechtesten Fall die Lohnsteuereinnahmen eines ganzen Jahres verschlingen, nämlich bis zu 22 Milliarden Euro. Wird da der Staat letzten Endes zum modernen Räuber?

Hannes Androsch: Man soll keine Bank überfallen, sondern eine gründen, wie Bert Brecht gesagt hat. Und das ist nur die Steigerung – an die hat Bert Brecht noch nicht gedacht bei seinem Bonmot. Also wollen wir nicht übertreiben. Die Bankenrettung war notwendig, weil alles andere viel teurer gewesen wäre, weil ohne den monetären Blutkreislauf eine Wirtschaft nicht funktionieren kann. Nachdem man die Notfallmaßnahmen 08 – nach all dem, was schon geschildert wurde – getätigt hatte, sind fünf Jahre vergangen. Die wurden weder in Österreich noch in der EU optimal genutzt, aus verschiedensten Gründen – darauf werden wir noch zu sprechen kommen. Die Amerikaner, die das nicht allein, aber doch maßgeblich verursacht haben und die Europäer mitgetan haben und eigenverursacht haben, sind da um einiges hinten. Und solange das europäische und nicht das nationale – als Voraussetzung allerdings – Bankenwesen funktioniert, kommen wir aus dieser Situation nicht heraus. Und mit diesem too little, too late – das vor sich herschieben und ein bisschen was, aber nicht genug – laufen wir Gefahr, nach schon verlorenen fünf Jahren in ein weiteres Jahrzehnt japanischen Zuschnitts zu kommen.

Imke Köhler: Das hoffen wir mal nicht, dass es so weit kommt. Frau Schneid, am Anfang musste es so sein, sagt Herr Androsch, aber dann ist es nicht richtig weitergegangen. Stimmen Sie dem zu?

Hedwig Schneid: Ich stimme ihm nur zum Teil zu. Also die verplemperte Zeit, da stimme ich ihm hundertprozentig zu. Wir haben jetzt fünf Jahre eigentlich wirklich Zeit verloren. Und die Hypo Alpe Adria soll ja spätestens bis übermorgen ihren Restrukturierungsplan nach Brüssel schicken. Sie hat einen Monat Zeitaufschub bekommen, sie hat noch einmal einen Monat Zeitaufschub verlangt. Das halte ich ja alles für ein Geplänkel, das ja gar nichts bringt.

Aber um auf Ihre ursprüngliche Frage auch zurückzukommen, war es notwendig. Natürlich ist man im Nachhinein immer klüger. Ich glaube prinzipiell, dass politische Schnellschüsse ganz schlecht sind. Wir sehen das jetzt – um einen kleinen Schwenk zu machen: Wir haben einen riesigen Baukonzern in Österreich, die Alpine, die vorige Woche insolvent geworden ist. Und da gab es in der ersten Sekunde auch sofort Ansätze der Politik, da müssen wir was tun. Gott sei Dank ist das nicht passiert, sage ich. Ich sage, das ist eine Marktbereinigung, die ist extrem schmerzhaft, aber man wird sehen, dass das der bessere Weg gewesen ist. Und bei den Banken glaube ich auch – wobei, da gibt's ja dieses berühmte Wort systemrelevant. Und zu dem, glaube ich, werden wir auch noch kommen, weil das kommt ja jetzt auch wieder im EU-Plan vor.

Imke Köhler: Lassen wir das direkt Herrn Gerke einmal kurz definieren. Also es geht immer um systemrelevante Banken. Welche Bank ist denn systemrelevant?

Wolfgang Gerke: Ja gut, dahinter steht der Gedanke, dass eine Bank, die eine Volkswirtschaft gefährden kann, die die Finanzmärkte in völlige Turbulenzen führen könnte, dass die systemrelevant ist. Natürlich ist eine Bank in den USA größer, bis sie systemrelevant ist, als in Österreich. Insofern muss man es auch ein bisschen relativ zum heimischen Markt sehen und kann jetzt nicht einfach sagen, ab einer bestimmten Bilanzsumme und einem bestimmten Geschäftsvolumen ist eine Bank systemrelevant. Sondern die Frage ist, wie kann die Bank die Gesellschaft, die Wirtschaft gefährden. Und da beginnt die Systemrelevanz leider in der Finanzwirtschaft schon sehr früh.

Imke Köhler: Aber es geht eben darum, eine Gefährdung abzuwenden, Turbulenzen abzuwenden. Herr Zeyer, ist es unter dem Aspekt dann richtig, bestimmte Banken zu retten?

René Zeyer: Das ist natürlich völliger Unsinn. Auch dieser Satz „alles andere wäre noch viel schlimmer gewesen“, der kommt ja eigentlich ganz knapp vor dem Unwort der letzten Jahre, nämlich „alternativlos“. Man kann das zum Beispiel auch in Österreich, glaube ich, sehr gut illustrieren. Als 2008, Finanzkrise 1 – wir erinnern uns – das ganze Schlamassel auch in Österreich begann, wurden ja die ersten Bankenrettungsmaßnahmen in der Höhe von zweistelligen Millionenbeträgen losgetreten – mit dem Argument damals: Um Himmels willen, das ist das Einzige, was wir machen können, weil alles andere wäre noch viel schlimmer. Und schlimmer war damals: Da müssten wir mit ungefähr einer Milliarde Euro Totalschaden rechnen, wenn wir den Banken jetzt nicht unter die Arme greifen würden. Also diese ganze Theorie – jetzt sind wir offenbar fünf Jahre später.

Und inzwischen redet man – wenn ich das richtig mitbekommen habe – von einem Totalschaden von 22 Milliarden Euro. Das heißt ja mit anderen Worten, die These „wir müssen helfen, weil alles andere wäre noch schlimmer“ ist sowohl faktisch wie im Ansatz völlig falsch. Auch das Wort „systemrelevant“ oder „systemisch“ oder „wenn da was kaputtgeht, dann müssen wir zurück auf die Bäume“ ist ja ein absoluter Widerspruch zum Grundprinzip der so genannten freien Marktwirtschaft. Da darf es keine Systemrelevanz geben, das ist absurd. Eine systemrelevante Bank bekommt damit ja durch die Staatsgarantie einen Wettbewerbsvorteil. Und was noch viel schlimmer ist – das Thema kennen wir jetzt ja nun wirklich: Jeder verantwortungslose zockende Banker, inkompetent und geldgierig, kann sein eigenes Schäfchen ins Trockene bringen und gleichzeitig die allfälligen Verluste sozialisieren.

Nobelpreisträger Stiglitz hat das einmal sehr schön gesagt: Das ist wirklich moderner kapitalistischer Sozialismus – die Gewinne werden privatisiert und die Verluste werden sozialisiert.

Hannes Androsch: Ich leugne nicht, dass darin eine Problematik steckt, wie Sie es pointiert formuliert haben. Aber ein bisschen kommt mir Ihre Argumentation schon so vor: Ich bekämpfe eine Thrombose am Unterschenkel nicht und warte, bis ich einen Gehirnschlag habe. – Das ist das Verständnis für Systemrelevanz. Also mir ist lieber, wir kurieren die Thrombose im Unterschenkel, bevor wir einen Gehirnschlag haben.

Imke Köhler: Jetzt hat Österreich aber angeblich sowieso zu viele Banken. Warum dann nicht die eine oder andere pleite gehen lassen, Marktberreinigung?

Hannes Androsch: Ich habe in meiner Zeit als Finanzminister einige Banken beseitigt und niemand hat das bemerkt. Die waren nun wirklich nicht systemrelevant. Und es ist im Herbst 08 in Österreich – aber wir reden ja von ganz Europa –

René Zeyer: Übrigens auch eine, wo Sie selber ja im Aufsichtsrat sitzen, haben Sie auch beseitigt, nicht?

Hannes Androsch: Welche?

René Zeyer: Die Kreditbank?

Hannes Androsch: Ich weiß nicht, welche Sie meinen. Wir haben keine Kreditbank, aber das ist ja egal.

René Zeyer: Sie waren doch im Aufsichtsrat der Kreditbank Österreich.

Hedwig Schneid: Er war Generaldirektor der Creditanstalt.

Hannes Androsch: Die Creditanstalt lebt als Bank Austria leider nur als Filiale von der UniCredit weiter. Das war die beste Bank seit Mitte des vorvorigen Jahrhunderts – das ist eine andere Geschichte. Aber wir machen nicht Bankgeschichte heute hier – es ging um die Creditanstalt. Das war die monetäre Visitenkarte Österreichs damals.

Hedwig Schneid: War auch einmal pleite übrigens.

Hannes Androsch: 1931. – Genau den Fehler der 30er-Jahre durften wir nicht wiederholen, weil genau dieser Fehler hat Hitler an die Macht gebracht.

Imke Köhler: Wir wollen jetzt gar nicht über Hitler sprechen, sondern über den Finanzcrash 2008. Seitdem haben die EU-Staaten fast 700 Milliarden Euro aufgewendet, um marode Banken zu stützen. Und das soll so nie wieder passieren dank einer europäischen Bankenunion.

Eine Bankenunion soll aus drei Säulen bestehen: Aufsicht, Abwicklung und Einlagensicherung. Die Europäische Zentralbank soll ab 2014 die Aufsicht übernehmen und systemrelevante Banken in der Eurozone kontrollieren. Die EZB ist dann eine Art Krisenarzt. Sie führt regelmäßige Untersuchungen durch, bei leichten Erkrankungen kann sie Rezepte verschreiben. Hoffnungslose Fälle werden an einen Spezialisten überwiesen, eine Art Abwicklungsagentur für kranke Banken. Wer darüber entscheidet, ob eine Bank geschlossen oder saniert wird, ist hoch umstritten.

Fest steht: Zahlen werden Aktionäre, Gläubiger und reiche Sparer. Sobald Bankenaufsicht und Abwicklungsmechanismus installiert sind, soll auch der Rettungsfonds ESM Banken direkt unter die Arme greifen können. Vorläufig sollen maximal 60 Milliarden Euro für systemrelevante und sanierungsfähige Banken zur Verfügung stehen. Doch die Sorge der Länder bleibt. Lässt man eine Bank pleite gehen, ziehen Kunden anderer Banken auch ihr Geld ab und treiben so gesunde Institute mit in den Ruin. Das macht für viele eine gemeinsame europäische Einlagensicherung – die dritte Säule der Bankenunion – unerlässlich.

Aber die Widerstände sind enorm. Gerade in Deutschland und Österreich fürchten viele Sparer, für marode südeuropäische Bankhäuser zahlen zu müssen. Auf dem Weg zur Bankenunion droht noch so mancher Stolperstein. Vertrauen sei die Währung der Zukunft, heißt es. Doch wird die Bankenunion tatsächlich das Vertrauen in den Euro stärken und den Bürger entlasten?

Imke Köhler: In Brüssel begrüße ich jetzt Jörg Asmussen, er ist Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank. Für kriselnde Banken ist die Haftungsreihenfolge gestern beschlossen worden. Das heißt, zuerst werden Aktionäre herangezogen, dann Gläubiger und Bankkunden mit Spareinlagen über 100.000 Euro, und dann erst der Steuerzahler. Ist das jetzt der große erwartete Wurf?

Jörg Asmussen: Ich glaube, dass gestern die Einigung beim Treffen der EU-Finanzminister ein ganz wichtiger Schritt war hin zu einer Bankenunion, dass man jetzt ein Instrumentarium geschaffen hat, einen Rechtsrahmen für den ganzen europäischen Binnenmarkt, dass man eben Banken, die systemrelevant sind, geordnet grenzüberschreitend abwickeln kann. Dass man das so tut, dass eben keine Schockwellen im sonstigen Finanzsystem entstehen, und dass man es eben auch so tun kann, dass Steuerzahler und Steuerzahlerinnen erst ganz am Ende der Haftungskaskade gegebenenfalls erst einbezogen werden. Ich glaube, das war – wie gesagt – ein wichtiger Durchbruch gestern.

Imke Köhler: Kommt das aber für den Steuerzahler nicht eigentlich zu spät?

Jörg Asmussen: Es ist sicher ein Instrumentarium, das eben dafür geschaffen ist, zukünftige Krisen im Bankensektor anzugehen, weil das wird es mit hoher Wahrscheinlichkeit immer wieder geben. Und man hat mit der Einigung von gestern

Abend eben den Instrumentenkasten deutlich verbessert und erweitert und hat eben aus den Erfahrungen seit 2008 gelernt. Wir haben in der Tat einen neuen Instrumentenkasten, der sehr viel besser ist, als er das beispielsweise vor fünf Jahren war. Wir sind, glaube ich, damit für die Zukunft besser gerüstet.

Hedwig Schneid: Also ich würde das nicht als Instrumentenkasten bezeichnen, sondern eher als Giftpille. Und was mich am meisten an dieser Einigung gestört hat, war, dass man jetzt gesagt hat, der Steuerzahler wird nicht mehr zur Kasse gebeten. Ich frage mich, was ist denn ein Mensch, der mehr als 100.000 Euro Einlage hat? Ist der kein Steuerzahler? Also ich gehe ja davon aus, dass auch Menschen, die ein bisschen mehr auf der hohen Kante haben – und das sind gar nicht so wenige – sehr wohl auch Steuern zahlen. Vielleicht gibt's wenige Ausnahmen, aber ich befürchte, dass jetzt Folgendes passiert, nämlich genau das Gegenteil von dem, was sich Europa wünscht: dass Menschen, die die Möglichkeit haben, ihr Vermögen ins Ausland – und zwar ins nichteuropäische Ausland – in Steueroasen zu schaffen, das umso mehr tun werden und dass wieder der so genannte kleine Sparer zur Kasse gebeten wird. Natürlich nicht gleich, sondern wir haben ja gesehen oder gehört, das ist ein Stufensystem. Aber im Endeffekt, unterm Strich zahlt's der Sparer. Weil die Banken, die ja auch einzahlen müssen jetzt in den Topf und in die Einlagensicherung – wo werden sie sich's denn holen? Na, bei ihren Kunden natürlich.

Imke Köhler: Also Herr Asmussen, große Skepsis hier auf dieser Seite?

Jörg Asmussen: Ich würde das so nicht teilen, weil ich glaube, dass wir damit einen Rechtsrahmen geschaffen haben – der muss dann noch durchs Europäische Parlament beschlossen werden, das war erst der Beschluss der Finanzminister – der eine Haftungsreihenfolge bringt, wie es sie heute in den Vereinigten Staaten seit vielen Jahrzehnten gibt. In den USA hat man seit 2008 über 400 Banken geschlossen und hat es eben so getan, ohne Schockwellen im Finanzsystem auszulösen und ohne den Steuerzahler zu belasten. Ich glaube insofern, dass man nicht einfach Aktivitäten einer Bank verschieben kann, weil die großen Finanzräume der Welt haben ähnliche Abwicklungsregime, ähnliche Haftungskaskaden, wie man es gestern beschlossen hat. Insofern glaube ich, sind wir deutlich besser. 2008 gab es nur eine Möglichkeit: einen so genannten Bail-out durch den Steuerzahler. Durch den neuen Instrumentenkasten – das so genannte Bai-in – haben wir ein völlig anderes Instrumentarium geschaffen, das meines Erachtens deutlich besser ist.

Imke Köhler: Prof. Gerke hat offenbar eine andere Meinung.

Wolfgang Gerke: Herr Asmussen, ich höre Ihre Botschaft ja gerne. Also es ist völlig sinnvoll, in solchen Haftungskaskaden zu denken und die dann auch zu exkutieren. Nur wenn ich mir den Beschluss genauer anschau, dann ist das Papier das nicht wert, wo da draufsteht. Denn einzelne Länder haben die Möglichkeit bekommen, für sich eigene Regeln zu produzieren. Was wird das heißen? Wenn es zum Gau

kommt, dann wird Frankreich sagen, okay, das haben wir beschlossen, aber wir haben auch beschlossen, dass wir nationale Alleingänge machen können. Und dann macht man den nationalen Alleingang und dann wird wieder der Staat eingreifen, wird hier retten, bevor man Aktionäre angreift, bevor man die Großgläubiger angreift. Und von daher ist das, was die Intention war – das ist wunderbar, aber man hat hier möglicherweise auch vor einigen Wahlen einen Kompromiss gefunden, um heute in Harmonie zu enden.

Imke Köhler: Vielleicht sammeln wir gerade noch und nehmen noch eine zweite Stimme mit dazu von unserem Gast, Herrn Androsch.

Hannes Androsch: Herr Asmussen, mit allem Respekt, ich will die gestrige Einigung – die noch nicht in trockenen Tüchern ist – nicht schlechtreden. Aber wie gesagt, nicht in trockenen Tüchern. Es ist wieder nur ein Beispiel: too little, too late – zu wenig, zu spät. Das ist der Grund, warum die Amerikaner sehr viel weiter sind, weil uns in Europa die institutionellen Rahmen fehlen und die Solidaritätsbereitschaft fehlt. Und dort, wo sie fehlt, wird das noch teuer zu stehen kommen, Österreich mit eingeschlossen, aber hauptsächlich trifft's Deutschland. Wir müssen uns endlich durchringen, die Fehler oder die Unzulänglichkeiten, die bei der Einführung des Euros entstanden sind, zu korrigieren. Aber noch immer haben wir keine europäische Lösung, sondern immer nur intergouvernementale Lösungen. Und so kommen wir nicht weiter. Der österreichische Aristophanes Johann Nestroy hat einmal gesagt: Jeder denkt an sich, nur ich denk' an mich. – Und das ist das Gegenteil von europäischer Solidarität.

Imke Köhler: Vielleicht lassen wir jetzt Herrn Asmussen noch mal darauf reagieren.

Jörg Asmussen: Ja, sehr gerne. Herr Gerke, ich glaube in der Tat, dass man einen Kompromiss in Europa nicht immer sehen sollte als Verrat an einem Ideal, sondern dass ein Kompromiss auch ist, eben Ideale in Wirklichkeit umzusetzen. Insofern war es uns wichtig – ich glaube, Sie sprechen den richtigen Punkt an – dass es in dieser Haftungsreihenfolge so wenig nationale Wahlrechte wie möglich gibt. Wir von der EZB haben immer gesagt, wir wollen ganz klare Regeln, die ex ante bekannt sind, an Investoren rund um den Globus. Ich glaube, der Kompromiss, den man gefunden hat, ist ein arbeitsfähiger Kompromiss, mit dem man arbeiten kann. Aber in der Tat: Je weniger Flexibilität man hat, desto besser ist es für Investoren, weil dann wissen sie, wie sind die Spielregeln in Europa.

Herr Androsch, ich will Ihnen sehr gerne zustimmen, dass wir eine unvollständige Währungsunion haben. Die Währungsunion hat klare Konstruktionsfehler. Das fiel in den guten Zeiten der Weltwirtschaft bis 2007 nicht besonders auf, seitdem wissen wir das. Ich glaube, es geht in der Tat darum, europäische Institutionen zu stärken. Das betrifft zunächst die EU-Kommission, aber noch viel mehr das Europäische Parlament. Aber das ist der richtige Weg nach vorne, dass wir die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden. Und da ist die Bankenunion ein ganz wichtiger erster

Schritt. Aber das heißt eben Bankenunion in allen ihren Elementen. Gestern war es ein Element, wir brauchen auch die europäische Bankenaufsicht, wir brauchen eine europäische Abwicklungsbehörde und wir brauchen einen europäischen Abwicklungsfonds, der gespeist wird durch eine Abgabe der Banken selber.

Imke Köhler: Herr Asmussen, schauen wir nochmal auf die Bankenunion. Bedeutet die letzten Endes nicht, dass institutionalisiert wird, dass Steuerzahler und Sparer – wie zum Beispiel in Deutschland und Österreich – haften müssen und geradestehen müssen für marode Banken in Südeuropa?

Jörg Asmussen: Nein. Eine Bankenunion – so wie sie geplant ist – ist eben keine Transferunion, wie es beschrieben ist. Sondern es ist eben ganz wichtig: Bevor beispielsweise die europäische Bankenaufsicht beginnt, findet eine so genannte Überprüfung aller Bankbilanzen statt der Banken, die direkt in Zukunft durch die EZB beaufsichtigt werden, damit wir mit einer klaren Analyse der Lage der Banken – dass wir wissen, wie es den Banken geht, die wir in Zukunft beaufsichtigen, damit wir eben nicht mit Altlasten in dieses neue Geschäft gehen. Beispielsweise die direkte Bankenrekapitalisierung durch den ESM – den Europäischen Stabilitätsmechanismus – findet ja erst statt, wenn die europäische Bankenaufsicht in Kraft getreten ist.

Imke Köhler: Gerade an dem Punkt sind ja Altlasten dann wieder ein gutes Stichwort. Es soll ja tatsächlich möglich sein, beim ESM – also dem europäischen Rettungsschirm – auch rückwirkend Verluste der Banken auszugleichen. Unter bestimmten Bedingungen, das stimmt, aber die Frage ist dann doch wieder: Trifft es nicht letzten Endes doch den deutschen und österreichischen Steuerzahler, wenn da noch Verluste beglichen werden sollen, die ja letzten Endes vor Jahren entstanden sind durch Misswirtschaft in Spanien, in Griechenland, wo auch immer?

Jörg Asmussen: Der Beschluss der Eurogruppe über die direkte ESM-Bankenrekapitalisierung sieht in Einzelfällen eine rückwirkende Anwendung vor, das ist richtig. Aber nach den bestehenden Regeln des ESM – das heißt, das geschieht nur, wenn alle Finanzminister der Eurogruppe einer solchen rückwirkenden Anwendung auch zustimmen. Ich halte die Wahrscheinlichkeit, dass das geschehen wird – dass alle Finanzminister einer rückwirkenden Anwendung zustimmen – für sehr gering.

Imke Köhler: Herr Asmussen, vielleicht einmal noch direkt an unsere Zuschauer: Gesetzt den Fall, wir werden Zuschauer haben, die ein Bankkonto besitzen mit über 100.000 Euro – 120.000, 150.000, egal. Wie erklären Sie denen, dass sie künftig mit ihrem Ersparnis für die Misswirtschaft einer Bank geradestehen sollen?

Jörg Asmussen: Ich glaube, es ist ganz wichtig, erstmal klar zu sagen, dass Sparer mit unter 100.000 klar geschützt sind. Das ist durch die Einigung von gestern Abend europaweit – das betrifft alle demnächst 28 Staaten – sichergestellt. Das ist eine

ganz, ganz wichtige Botschaft. Und wenn man über 100.000 hat, kommt man in der Haftungskaskade sehr, sehr spät an die Reihe, aber es ist in der Tat nicht ausgeschlossen, dass man drankommt. Weil die Regeln sagen, zuerst kommen die Aktionäre, dann die Gläubiger unterschiedlicher Bankanleihen und dann eben auch die Einleger, die auch Gläubiger einer Bank sind. Das heißt, es gibt einen versicherten Teil von unter 100.000 – der ist völlig geschützt – und es gibt einen Teil über 100.000, da wird noch unterschieden, sind es natürlich Personen oder nicht, aber im Prinzip können Spareinlagen von über 100.000 Euro im Extremfall am unteren Ende der Haftungskaskade auch herangezogen werden.

Imke Köhler: Genau – und da sagen Sie dann dem Kontoinhaber was? Das ist der Solidaritätsgedanke, da muss er durch?

Jörg Asmussen: Er ist dadurch, dass er dort Spareinlagen hat, auch Gläubiger dieser Bank. Und deswegen gibt es eine Unterscheidung zwischen versicherten Einlagen – die sind in Europa gesichert – und es gibt welche, die nicht versichert sind. Das ist auch in anderen großen Finanzmärkten dieser Welt ganz gängige Praxis.

Imke Köhler: Herr Asmussen, ich danke Ihnen, dass Sie Zeit für uns hatten. Danke, dass Sie hier an der Sendung teilgenommen haben. Alles Gute Ihnen, guten Abend nach Brüssel. – Herr Zeyer.

René Zeyer: Wenn ich da mal kurz in diese gewaltigen Politiker-Wortblasen hineinstecken darf. Gerade Herr Asmussen – das hätte ich ihm auch gerne noch selber gesagt – verkörpert ja geradezu archetypisch das Problem, das diese Komplexität zwischen Notenbankpolitik und Privatbanken ausmacht. Weil Herr Asmussen, bevor er in den Sessel eines EZB-Direktors gefallen ist, hat ja eine Vorgeschichte gehabt. Er war nämlich selber im Aufsichtsrat einer Bank, die sich verzockt hat in der Finanzkrise 1 mit amerikanischen Hypothekar-Schrottpapieren. Und die ist dann anschließend von der Deutschen Bank für Wiederaufbau, in der Herr Asmussen zufälligerweise auch im Aufsichtsrat saß, gerettet worden. Also dass so jemand in irgendeiner Form den Anspruch erheben kann, glaubwürdig den europäischen Sparern zu versichern, dass in seinen Händen oder in den Händen von Herrn Draghi, den ja auch gerade seine italienische Vergangenheit einholt, ihr Spargroschen sicher aufgehoben ist – da kann ich also dem europäischen Sparer nur raten: Nehmt euer Geld und legt's in die Matratze – bei solchen Leuten, die wir hier uns anhören müssen.

Imke Köhler: Unabhängig vielleicht von Herrn Asmussen, Herr Gerke: Glauben Sie, dass die Bankenaufsicht bei der EZB in guten Händen ist?

Wolfgang Gerke: Nein, um Gottes willen, das ist die völlig falsche Institution. Die EZB hat heute schon dramatische Interessenkonflikte, denn sie ist Lückenbüßer

geworden für das Versagen der Politik. Sie muss da, wo die Fiskalpolitik in Europa kein eindeutiges Konzept entwickelt hat, wo man den Euro eben – wie Sie gesagt haben – nicht zu Ende gedacht hat und auch nicht zu Ende auskonstruiert hat. Das hätte man aber nachvollziehen können, man hat's nicht gemacht. Da ist die EZB in die Lücke gesprungen. Das war ein Riesenfehler aus meiner Sicht, durfte nicht passieren, aber es ist ihr ein bisschen auch in den Schuh gedrückt worden. Und wenn man ihr jetzt auch noch die Aufsicht über die Banken gibt und damit auch über die südeuropäischen Banken beispielsweise, auch über die tatsächlichen Banken – da kommt der nächste Interessenkonflikt. Ich bin absolut für eine leistungsfähige europäische Bankenaufsicht, die brauchen wir längst, denn die nationalen Aufsichtsbehörden haben versagt, weil sie international nicht kooperiert haben, weil beispielsweise in Deutschland man nicht gewusst hat, welche Geschäfte die Landesbanken in Dublin gemacht haben. Da brauchen wir eine Behörde, aber das muss nicht die EZB sein, im Gegenteil, das muss eine schlagkräftige eigene Behörde sein.

Hannes Androsch: Ich gebe Ihnen Recht – längerfristig. Kurzfristig ist das die einzige Institution – und das zeigt ja, dass wir ein Institutionsdefizit haben, aus dem ein Vertrauensdefizit resultiert – die überhaupt handlungsfähig ist. Längerfristig bin ich völlig bei Ihnen, dass wir andere Einrichtungen dafür schaffen müssen. Und eines ist auch klar: Die EZB hat vieles getan zur Beruhigung, zur Vertrauensbildung, vor allem einem knappen Jahr – whatever it takes. Also wir kümmern uns, wir werden die 30er-Jahre nicht wiederholen. Aber das kann beim besten Willen kein Ersatz sein für das Fehlen der Institutionen. Und dazu gehört für ein Mindestmaß an abgestimmter Fiskalpolitik die monetäre Politik. Die Geldpolitik der EZB kann nicht die Defizite der nationalen Budgetpolitiken ersetzen, und eine europäische haben wir nicht. Und das ist ein Grundfehler der Maastricht-Übereinkünfte, die man mit irgendwelchen mechanistischen Kriterien versucht hat zuzukleistern. Und das ist ja sagenhaft gescheitert. Also da haben wir zwei riesige Probleme.

Wolfgang Gerke: Ja, aber das ist ja der Punkt, der uns so dramatisch viel Geld kostet.

Hannes Androsch: Jaja, bin ich bei Ihnen.

Wolfgang Gerke: Die EZB hat im Prinzip den reichen, womöglich nicht mal die Steuer bezahlenden Griechen die Möglichkeit geschaffen, ihr Geld in die Schweiz, nach London und sonst wohin zu tragen. Hätte man in dem Moment gesagt, wir lassen die griechischen Banken hopsgehen – jedes Land braucht ein funktionsfähiges Bankensystem, ist ganz wichtig. Aber die griechischen Banken in der Form, wo sie an der Wand standen, waren nicht mehr funktionsfähig. Und jetzt erzählt man Zombies so lange, bis diejenigen, die Einlagen über 100.000 dort haben, ihr Geld ins Ausland gebracht haben. Und in Zypern haben wir das Gleiche gemacht.

Hannes Androsch: Noch schlimmer, ja.

Wolfgang Gerke: Die EZB hat 10 Milliarden reingesteckt und 10 Milliarden sind rausgeflossen.

Imke Köhler: Also Kritik und Skepsis an allen Ecken und Enden –

Hedwig Schneid: Ich sehe bei der EZB auch sofort jetzt schon ein Problem. Es wurde gestern beschlossen, dass aus dem ESF jetzt einmal auch 60 Milliarden aus diesem großen Topf eben für mögliche Bankenrettungen zur Verfügung stehen. Ich kann doch nicht gleichzeitig Kontrollor sein und Aufseher und das Geld verteilen. Also da sehe ich einen massiven Interessenskonflikt. Gut, das soll ja alles 2018 kommen, aber bis dahin –

Hannes Androsch: Noch fünf Jahre.

Hedwig Schneid: Ja, noch fünf Jahre. Erstens einmal eh viel zu spät – too late. Aber das Zweite ist, bis dahin muss man meiner Meinung nach jetzt wirklich für diese Umsetzung der Abwicklung dieser ganzen Beschlüsse sorgen mit einem, der einen Aufseher hat. Ich habe aber noch zwei Punkte, die meiner Meinung nach absolut fehlen und die eben untergegangen sind.

Das Eine ist: Wo ist denn die 2008 geborene Idee nach Lehman und nach vielen anderen Pleiten, die Trennung der großen Monsterbanken in einen Retail-Teil und einen Investment-Teil? Das war doch eine Idee, wo ist denn das geblieben? Erste Frage – ist völlig unter den Tisch gefallen. Es bilden sich genau im Gegenteil wieder neue Konglomerate, wieder unüberschaubare Dinge mit unüberschaubaren Produkten.

Zweite Sache, und ich bestehe darauf: In jedem Unternehmen haftet der Vorstand und der Aufsichtsrat, wenn etwas wirklich schiefgeht. Es ist in Österreich selten exekutiert, aber es ist so. Wo ist denn die Haftung der Manager? Wo werden denn die Manager herangezogen? Ich bin die Letzte, die Bashing betreibt gegen hohe Gehälter, aber Boni zu zahlen und gleichzeitig sich aus der Verantwortung zu ziehen und zu sagen, ich war nicht dabei – also das halte ich gerade dem Bürger gegenüber für falsch.

Imke Köhler: Wäre vielleicht das Zocken vorbei? Können wir denn die Hoffnung haben, dass durch die Bankenunion vielleicht die Zockerei vorbei ist? Weil früher hatte man ja schon das Gefühl, die Haltung ist: In guten Zeiten zocken wir, in schlechten Zeiten werden wir gerettet. Ist das jetzt vorbei?

René Zeyer: Also ich glaube, die einzige Hoffnung, die wir haben können, ist, dass es in fünf Jahren den Euro nicht mehr gibt.

Imke Köhler: Ich glaube, da werden nicht alle mithoffen.

René Zeyer: Aber ganz sicher, ganz bestimmt – es ist wirklich die einzige Hoffnung für Europa, dass es den Euro so schnell wie möglich nicht mehr gibt. Aber das ist nicht genau das Thema heute Abend.

Bankenunion – Verantwortung. Verantwortung kann es nur dort geben, wo es Haftbarkeit gibt, und Haftbarkeit kann nur über strafrechtliche Maßnahmen eingefordert werden. Dazu müssen wir uns gar nicht weiter unterhalten, das existiert nicht. Das ist in Europa, es ist in den USA bis heute noch kein einziger – nicht ein einziger – führender Banker angeklagt, verurteilt worden. Von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, wo es dann aber wirklich um kriminelle Tätigkeiten ging. Man darf aber nicht vergessen: Alle Banktätigkeiten bis heute sind zu 99 Prozent völlig im Rechtsrahmen legal.

Und noch ein Wort zu dieser großartigen Bankenunion: Wie wir ja vorhin im Einspieler gehört haben, da redet man von 70 Milliarden Euro als weiteren Rettungsschirm. Das Bilanzvolumen europäischer Banken beträgt 27 Billionen Euro. Also in dem Zusammenhang würde ein Banker einmal zu Recht von Peanuts reden. Das ist überhaupt nichts, das ist ein Furz. Das spielt überhaupt keine Rolle, ob man da 50 Milliarden oder 60 oder 70 reinsteckt. Wenn eine dieser riesen Dinosaurierbanken, die es in Europa ja noch gibt, tatsächlich durch wilde Zockereien, durch Spekulationen, durch Teilnahme an diesem ganzen virtuellen Gebastel von Derivaten – also Wertscheinen ohne Wert, mit denen die Finanzwelt ja schon mehrfach fast gegen die Wand gefahren ist – wenn eine solche Riesenbank damit Riesenverluste macht, muss sowieso der Steuerzahler wieder zahlen. Also der einzig Haftbare – das ist ja die Absurdität in diesem ganzen Zirkus – ist der Steuerzahler und der Sparer.

Hannes Androsch: Eine Bemerkung zum Euro – da möchte ich in Abwandlung Churchill bemühen: Der Euro ist die schlechteste aller Währungen, außer Europa ohne Euro – das wäre eine Katastrophe.

Aber zu Griechenland: Wir haben ja nie Griechenland gerettet – abgesehen davon, dass man ihnen nie so viel borgen hätte dürfen. Da gibt's ja auch eine Verantwortung, die steht schon im alten Testament – Leviticus, Genesis, ich darf erinnern, aber das würde jetzt zu weit führen. Man hat die eigenen Banken gerettet. Und das ist ein Schwindel. Und das ist noch übertroffen worden durch das Fiasko in Zypern. Damit hat man eine Unsicherheit quer durch Europa oder zumindest Südeuropa geschaffen – sozusagen daher, weil wir das verbrochen haben im Norden, wollen wir von denen nichts mehr wissen – ohne zu bedenken, was es nämlich heißen würde, wenn's zurückschlägt.

Hedwig Schneid: Und von Spanien haben wir noch gar nicht geredet – das Nächste.

Hannes Androsch: Die Ansteckung habe ich angedeutet.

Wolfgang Gerke: Ich stimme Ihnen völlig zu an dieser Stelle. Ich muss aber auch – und das ist, glaube ich, auch Ihre Intention – sagen, ich bin ein absoluter Kritiker der EZB-Politik. Ich bin ein dramatischer Kritiker der letzten fünf Krisenjahre. Aber bitte nicht die Stimmung anheizen, zurück zum Schilling, zurück zur D-Mark. Das ist heute kein Weg, der denkbar ist. Wir gehen in der Geschichte Jahrzehnte rückwärts und würden wieder anfangen, Grenzen aufzurichten – wir würden wieder anfangen, Nationalitäten zu leben. Wir müssen es hinbringen, im Euro erfolgreich zu werden, und wir dürfen nicht destruktiv denken.

Imke Köhler: Da haken wir doch dann mal ein: Die Banken müssen das vielleicht hinbringen, das liegt in ihrer Verantwortung.

Wolfgang Gerke: Nein, nein, nein – die Banken schaffen das nicht alleine.

Imke Köhler: Die schaffen das nicht allein (*Durcheinander*) Müssen die Banken nicht viel stärker wieder zurück zu ihrem eigentlichen Kerngeschäft?

Wolfgang Gerke: Ja, natürlich, aber da müssen wir was dafür tun. Wir machen doch eines heutzutage: Wir retten die Zombiebanken. Und was machen diese Zombiebanken mit dem Geld? Sie kaufen die höherverzinslichen Staatsanleihen. Wenn's schiefeht, dann schieben sie die der EZB wieder in die Schuhe. Das Geld kommt doch gar nicht da an, wo es hin muss. Das Geld muss in die Realwirtschaft kommen. Deshalb habe ich damals in Griechenland gesagt: Gebt Griechenland die Drachme zurück, macht ein Marshall-Programm – würde ich heute nie mehr so nennen, sondern würde als Banker sagen, gebt Griechenland ein Restrukturierungsprogramm. Gebt das denjenigen, die in der Lage sind, die mittelständischen Unternehmen – die wir jetzt dort kaputtgemacht haben – damit zu finanzieren. Stattdessen haben wir den reichen Griechen die Möglichkeit gegeben, ihr Geld zurückzukriegen.

Imke Köhler: Kommen wir doch bitte nochmal von Griechenland zurück nach Österreich. Also wenn es um die Rolle der Banken geht und möglicherweise die Politik, die da kanalisieren muss und Vorschriften machen muss – Beispiel Raiffeisenbank hier in Österreich. Das war mal eine ländliche Genossenschaft, jetzt ist es ein großer Player, der sehr stark im Osten engagiert ist mit hohem Risiko. Sollte das so sein, darf das so sein? Oder wäre genau da Handlungsbedarf, um das einzuschränken?

Hannes Androsch: Ich würde das nicht nur bei Raiffeisen festmachen.

Imke Köhler: Nein, das war nur ein Beispiel.

Hannes Androsch: Nein. Ich habe als Präsident des Bankenverbands, als ich Chef der Creditanstalt war, einen Artikel publiziert, der darauf hinausgelaufen ist: Wir

haben zu viele Banken mit zu vielen Filialen mit zu geringen Erträgen mit zu viel Personal und zu geringem Eigenkapital. Das war vor 25 Jahren. Nichts hat sich geändert, außer dass wir ein riesiges Risikoportefeuille aufgebaut haben im Osten. Und jetzt haben wir fünf Jahre Zeit gehabt und haben an dem, was wir 25 Jahre davor schon nicht gemacht haben, auch schon wieder nichts gemacht, obwohl wir so viel Geld – nicht so viel, wie Sie genannt haben mit 22 Milliarden, wenn es uns sieben Milliarden kostet, ist es um jede Milliarde zu viel. Vielleicht ist es ein bisschen mehr, aber mit dem sollten wir durchkommen.

Heute wurde beschlossen, jemand zu beauftragen, was die Alpen Adria – das ist auch ein bayrisches Problem, Stichwort Bayerische Landesbank mit allem, was dazugehört, Kroatien auch kein geringes Thema – der wird in einem halben Jahr das Ergebnis liefern. Dann frage ich mich, was haben wir die letzten fünf Jahre getan.

Hedwig Schneid: Darf ich dazu ganz kurz was sagen. Die Hypo ist noch dazu ein Sonderfall. Also ich würde sagen, man darf die Banken – ich möchte jetzt einmal auch was Positives sagen, weil Sie Raiffeisen angesprochen haben. Die österreichischen Banken – und da rede ich jetzt nicht von kleineren, sondern von den drei großen, also Bank Austria, Erste-Gruppe und Raiffeisen – wurden europaweit gelobt und als Vorbild gesehen, wie sie nach Osteuropa gegangen sind und nach der Öffnung sich dort engagiert haben.

Hannes Androsch: Mit 60 Prozent der Gesamtsumme.

Hedwig Schneid: Genau. Sie wurden bewundert und alle haben gesagt, ihr habt's das toll gemacht. Keine deutsche Bank hat das gemacht. Das muss man schon sehen. Aber bei der Hypo kommt ja noch etwas dazu. Ich bin deswegen auch der Meinung, dass die Rettung ein absoluter Wahnsinn war, weil bei der Hypo waren ja strafrechtliche Malversationen auch noch maßgeblich. Das wusste man auch schon 2008. Und so eine Bank darf man schon gar nicht retten.

Imke Köhler: Klare Aussage von Frau Schneid. Herr Zeyer, zurück zur Rolle der Banken. Haben die generell zu viel Macht?

René Zeyer: Ja, absolut, natürlich. Nochmal: Dass Banken geldgierig zocken, ist zwar moralisch oder menschlich vielleicht zu kritisieren, aber in erster Linie machen sie das innerhalb der geltenden Gesetze. Das heißt, die Politik – wie schon mehrfach hier erwähnt wurde – hat das nicht nur in den letzten fünf Jahren, sondern schon viel länger versäumt, entsprechende Grenzen zu setzen. Es gibt da einen ganz entscheidenden Punkt, diesen berühmten – Sie haben ja schon einige Male die 30er-Jahre angesprochen. Da gibt's einen Punkt, der ist tatsächlich wichtig. Da gab es nämlich als Folge der 30er-Jahre-Finanzkrise die Trennung von Investmentbanken und Publikumsbanken. Also Publikumsbanken sind die ganz normalen, wo wir alle unseren Spargroschen hinbringen und hoffen, dass der nicht verzockt wird. Und Investmentbanken sind diejenigen, die die großen Räder drehen, die im so

genannten Eigenhandel, Hochfrequenzhandel – also absurdeste Sachen – machen. Und die gute Idee damals war, wir trennen das. Jemand, der sein Geld in eine Investmentbank steckt, der weiß, hey, Casino, high risk, hier wird gezockt. Und das wurde unter Präsident Clinton noch abgeschafft, diese Trennung. Und seither ist der Teufel los im Banking. Und das ist nicht die Schuld der Banken in dem Sinn, sondern das ist die Schuld der Politik und der Politiker, die aber natürlich selbstverständlich – ich sehe das in der Schweiz sehr deutlich, wahrscheinlich hat man auch in Österreich das große Gebrüll, das es ja schon seit einiger Zeit in der Schweiz gibt mit den USA und Steuerhinterziehung usw., mitbekommen, dass Banken Parlamente beherrschen, lobbyieren, beeinflussen. Ist ja völlig klar.

Imke Köhler: Sie sagen, es ist nicht Schuld der Banken. Herr Androsch, was ist aus dem Bild des ehrbaren, ehrenwerten Bankkaufmannes geworden? Sind das heute alles Spitzenmanager, die Zocker sind und Superboni einstreichen?

Hannes Androsch: Also ich will nicht verallgemeinern, aber lassen Sie mich das aus meiner eigenen Erfahrung aus den 80er-Jahren, als ich Chef der Creditanstalt – also der größten, renommiertesten österreichischen Bank – war. Da hat man sehr gut verdient. Meine Kollegen – wir waren auch in einem internationalen Konsortium – der Deutschen Bank haben wesentlich mehr verdient. Was die Nachfolger verdienen, ist ein Zifaches dafür, dass sie Mist gebaut haben. Nicht weil ich neidig bin – also ich brauche mich um mich diesbezüglich erfreulicherweise nicht kümmern. Aber nicht, weil ich ein bonibegünstigter Banker mehr bin. Aber das ist einfach unappetitlich, das ist obszön, das kann niemand verstehen. Umso weniger, als – damals waren wir noch biedere Banker, wenn man will, Bankiers, die geschaut haben, dass wir die Wirtschaft – und das ist die Aufgabe der Banken – in ihren Aktivitäten unterstützen. Aber das waren damals keine Casinos. Sie haben vollkommen Recht, was da passiert ist – nämlich die Entkoppelung des Finanzwesens von der Realwirtschaft. Und das ist nicht nur die Schuld der Banken, das ist auch Schuld der politischen Regulierungsbehörden und der Aufsichtsbehörden. Und das muss geändert werden.

Imke Köhler: Also Schuld der Politik.

Hannes Androsch: Ja – auch.

Imke Köhler: Auch der Politik. Herr Gerke, ist da generell die Verflechtung zu eng? Haben Banken zu viel Macht und damit auch direkten Einfluss auf die Politik?

Wolfgang Gerke: Das ist aber keine neue Entwicklung.

Imke Köhler: Aber das heißt ja nicht, dass man das nicht gegebenenfalls stoppen müsste.

Wolfgang Gerke: Ja, gut. Aber wir haben das bei den Fuggern gehabt und in Deutschland bei Bankern, die haben auch ihren Einfluss auf die Politik genommen. Das hat es immer gegeben.

Imke Köhler: Aber dass ein Josef Ackermann seinen 60. Geburtstag im Kanzleramt feiert, das spricht doch für eine gewisse Nähe, oder?

Wolfgang Gerke: Das ist was für Journalisten.

Hannes Androsch: Das war nicht sehr stilvoll.

Hedwig Schneid: Das ist schon ein Zeichen.

Wolfgang Gerke: Ich leugne das auch nicht. Aber glaube Sie doch nicht, dass das früher nicht so gewesen wäre. Da war nur die Presse nicht dabei, das ist doch der Unterschied heutzutage.

Hedwig Schneid: Das stimmt schon.

Wolfgang Gerke: Banken waren immer mächtig und sie sind immer zu mächtig gewesen. Als Demokrat mag man das nicht, das ist gar keine Frage. Nur, ich warne vor Illusionen. Wir haben im Investmentbanking Auswüchse bekommen, die sind so nicht mehr akzeptabel. Da haben Leute Risiken übernommen, wie Hedgefonds in großen Kreditinstituten, in großen Investmentbanken, und der Steuerzahler zahlt die schiefe Seite der Verteilung, also wenn die großen Verluste kommen – und die Aktionäre kassieren, wenn's Geschäft gut läuft. Das darf so nicht weitergehen. Nur, wenn wir jetzt sagen, wir müssen einfach nur das Investment trennen vom Retailbanking – das ist viel zu primitiv gedacht, das wird nicht funktionieren. Die großen Investmentbanken sind heute so groß geworden, dass wenn sie aus einer Deutschen Bank eine Deutsche Bank Investmentbanking machen und eine Deutsche Bank Retailbanking machen, und die Deutsche Bank Investmentbanking geht den Jordan runter, dann müssen wir die auch als systemisch retten. Was wir machen müssen: Wir müssen wieder dafür sorgen, dass der Banker, der ein Risiko eingeht – wie früher der private Bankier – dafür auch geradestehen kann. Und früher gab es leider die traurige Botschaft, dass ein gescheiterter Banker sich erschossen hat.

Hedwig Schneid: Nein, so weit wollen wir es nicht –

Wolfgang Gerke: Aber das war sehr wirksam, keiner wollte sich erschießen.

Hedwig Schneid: Aber eine Verantwortung wäre schon ganz gut. Aber das ist genau das, was ich vorher gesagt habe. Aber ich warne auch davor, auf die Politik sich zu verlassen. Es tut mir leid, aber wir haben in den letzten Jahren – nach 2008, auch

schon davor – so viele Entscheidungen gesehen – und nicht nur in Österreich, überall – wo am Horizont dieser Entscheidung die nächste Wahl natürlich stand. Egal ob es Großbritannien war oder Österreich. Und wir stehen jetzt in Österreich und in Deutschland wieder knapp vor Wahlen. Und genau deswegen fallen Entscheidungen oder sie fallen nicht.

Imke Köhler: Oder es werden Versprechungen gemacht und nicht gehalten.

Hedwig Schneid: Eben. Versprechungen gemacht – und wenn ich mich an die letzten 14 Tage zurückerinnere – und Sie werden das sicher verfolgt haben: Es war täglich das Geld, was man für die Hypo braucht, um eine Milliarde nach oben oder nach unten gegangen. Die Oszillation war je nachdem, wer am Wort war und wer was damit erreicht hat. Also ich würde mich nicht auf die Politik verlassen. Und wenn ich zurückdenke – weil wir gesprochen haben über Aufsicht. In Österreich die FMA, auch die Bankenaufsicht – sagen wir es doch einfach so, wie es ist. Dort wurden zum Teil auch Menschen hingesetzt, die natürlich abhängig waren oder sogar an der Nabelschnur des Finanzministeriums gehangen sind. Ganz bewusst wurden die Positionen so vergeben. Also von Unabhängigkeit war schon gar keine Rede.

Wolfgang Gerke: Ich frage Sie als Demokrat: Auf wen wollen Sie sich verlassen? Auf die Notenbanken?

Hedwig Schneid: Auch. Wir müssen ja jetzt einmal das zusammenkehren, was wir haben, bevor wir jetzt das neue Bankenrettungssystem –

Imke Köhler: Der österreichische Kanzler Faymann versucht gerade zusammenzukehren und die Banken in die Pflicht zu nehmen mit einer Bankenabgabe, die verlängert werden soll – das wird hier gerade diskutiert – damit die Banken in eine Art Sicherungsfonds einzahlen. Ist das Ihrer Meinung nach eine gute Möglichkeit, Banken zu disziplinieren?

Hannes Androsch: Das mag ja ganz populär sein, aber das ist ein Widerspruch in sich. Ich kann nicht verlangen – zu Recht – dass die Banken sich mit mehr Eigenkapital ausstatten, damit sie selber mehr Risiko tragen können – neben allen möglichen anderen Maßnahmen – und gleichzeitig nehme ich ihnen vorher das Geld weg, das zu erreichen. Und das ändert an der tristen Budgetsituation überhaupt nichts.

Imke Köhler: Hat Herr Faymann das nicht verstanden oder hat er einfach ein Wahlkampfversprechen rausgehauen?

Hannes Androsch: Das geht ja schon einige Jahre mit dieser Bankenabgabe. Das kann ich sogar verstehen, weil man die Leute, die erzürnt waren – und zu Recht

erzürnt waren und noch immer sind – beruhigen wollte. Aber ein fundamentaler Lösungsbeitrag war es nicht und ist es nicht.

René Zeyer: Ich glaube, das liegt ja auch daran, dass das Problem eigentlich noch ein viel fundamentaleres ist. Es gibt doch spätestens seit der Finanzkrise 1 eine Komplizenschaft – nicht zwischen Politik und Banken, sondern zwischen den Staaten und den Banken. Jetzt ganz konkret: Ein Staat – alle Staaten sind überschuldet in der Eurozone – braucht neues Geld. Was macht er? Er gibt Staatsschuldbriefe aus. Wer kauft ihm die ab? Die Banken. Warum kaufen die Banken ihm das ab? Weil sie sie zur Europäischen Zentralbank bringen können und dort als Sicherheit hinterlegen und die Europäische Zentralbank druckt dann Geld aus dem Nichts. Das ist ein übler Taschenspielertrick, nichts dahinter.

Und nochmal die andere Komplizenschaft ist ja, wieso kauft eigentlich den Staaten fast niemand mehr ihre Staatsschuldbriefe ab, solange sie noch einigermaßen sicher sind? Weil die Zinsen dermaßen niedrig sind, dass man als Gläubiger Geld verliert, indem man Geld verleiht. Ist ja absurd. Das kaufen nur Banken, weil Banken wissen, ich kann's zur Europäischen Zentralbank bringen und dort als Sicherheit hinterlegen, dann krieg' ich für Nullkommanull Geld von der Europäischen Zentralbank. Ein absurder Kreislauf.

Und der letzte Punkt, den muss ich schon noch hinzufügen: Sonst hätten wir ja das Perpetuum Mobile erfunden, also großartig, wir lassen Geld vom Himmel regnen. Am Schluss ist irgendwann mal Zahltag. Das ist bei Schulden leider so. Man kann sie hinauszögern, man kann neu Geld drucken, man kann umschulden, man kann refinanzieren – man kann sagen, Griechenland ist überhaupt nicht pleite, Zypern geht's großartig, Spanien – da freuen sich 50 Prozent der Jugendlichen, dass sie nicht arbeiten müssen. Irgendwann mal ist Zahltag.

Wolfgang Gerke: Das ist der einzige Punkt, wo ich Ihnen widerspreche, denn den Zahltag haben wir doch schon längst.

Hedwig Schneid: Wir haben jeden Tag Zahltag.

Wolfgang Gerke: Jeden Tag zahlt der Sparer, jeden Tag zahlt der Pensionär, zahlt der Rentner (*Durcheinander*) Wir werden gar nicht den Zahltag irgendwann bekommen, wir haben ihn längst.

Hannes Androsch: Was Sie beschrieben haben, hat Goethe schon in Faust II beschrieben.

Imke Köhler: Damit machen wir jetzt eine Pause. Faust II werden wir nicht lesen, ich kann auch kein Geld vom Himmel regnen lassen – das schaffen wir hier nicht in der Sendung. Aber wir wollen uns gleich den Bankkunden noch einmal genauer anschauen, den Aktionär, den Anleger, den Kleinsparer. Wie kann der sein Geld schützen und seine Interessen? Hören Sie gleich mehr.

Herzlich willkommen zurück zum Talk im Hangar-7 zum Thema Bankenrettung und der Frage, ob wir überfallen und enteignet werden. Einige Aktionäre und Anleger hatten in den letzten Jahren ganz sicher dieses Gefühl.

Sigurd Steiner war nie ein Zocker. Dennoch ließ er sich auf ein hochriskantes Finanzgeschäft ein. Auf Drängen seines Bankberaters kaufte der pensionierte Gymnasiallehrer im März 2008 Zertifikate der US-Bank Lehman Brothers – eine sichere Anlage, wie er glaubt.

Sigurd Steiner: Es waren attraktive Zinsen von acht Prozent pro Jahr versprochen. Ich hatte keinerlei Erfahrungen in dem Bereich. Die Frage von Sicherheiten kam überhaupt nicht zur Sprache. Ich habe mich darauf verlassen, dass mir der Sachbearbeiter da nichts unterschiebt. Ich habe ihm einfach vertraut.

Bereits zum Zeitpunkt der Vertragsunterschrift steht es schlecht um das amerikanische Geldinstitut. Eine Information, die der Berater dem langjährigen Kunden vorenthält. Ein halbes Jahr später, am 15. September 2008, liegt Lehman Brothers am Boden.

Sigurd Steiner: Erst da wurde mir dann bewusst, welches Papierchen ich überhaupt erworben habe.

40.000 Euro sind auf einen Schlag futsch. Sigurd Steiner will den Verlust allerdings nicht einfach hinnehmen. Er klagt gegen die Citibank, die ihm die Zertifikate verkauft hatte. Der Prozess zieht sich über Jahre, doch im Herbst 2012 entscheidet das Gericht, dass Steiner die gesamte Anlage zuzüglich der versprochenen Zinsen zurückerstattet bekommt. Begründung: Steiners Risikoprofil hätte einen Kauf der Zertifikate nie zugelassen, außerdem hatte der Berater eine Unterschrift seines Kunden gefälscht. Steiners Anwältin Eva Maria Übrück vermutet dahinter noch nicht einmal böse Absichten.

Eva Maria Übrück: Man hat in den meisten Fällen das Gefühl, dass die Bankberater die Produkte selber nicht durchschaut haben. Zum einen war es so, dass ein massiver Verkaufsdruck bestand auf die Bankberater, eben gerade die Produkte, die in der Palette waren, zu vertreiben, um die entsprechenden Ziele eben zu erfüllen, die ihnen vorgegeben waren. Zum anderen ist es so, dass einfach lange Zeit dieses Zertifikatmodell – in Anführungszeichen – sage ich jetzt mal, gut gegangen ist, weil die Börsen sich positiv entwickelt haben. Und erst durch den Crash ist einfach die ganze Geschichte in sich zusammengefallen.

Das Platzen einer anderen Blase lässt Anlegern bis heute keine Ruhe. Nach der Zwangsverstaatlichung der deutschen Immobilienbank Hypo Real Estate zahlt der Staat den Anlegern nur 1,30 Euro pro Aktie. Viel zu wenig, meinen die Anteilseigner und klagen. Am Freitag wurde die Klage zurückgewiesen, zur Empörung der Anwältin Daniela Bergdolt.

Daniela Bergdolt: Gesellschaftspolitisch muss man sich überlegen, wie man mit einem Aktionär umgeht. Eine Aktie ist eine Anlage, die gefördert gehört. Wenn wir heute einmal davon ausgehen, dass alle Kleinaktionäre ihr Engagement, ihr Investment an der deutschen Börse – egal in welchem Segment – liquidieren und

rausziehen würden, dann wären sehr viele Unternehmen an einem ganz großen Wendepunkt. Der Aktionär muss gefördert werden, aber nicht gescholten und nicht geprügelt.

Sigurd Steiner hingegen kann zufrieden sein, dass sein unfreiwilliger Ausflug in die Welt der Börsenzocker glimpflich ausgegangen ist. Heute geht er sehr viel vorsichtiger bei Aktiengeschäften vor.

Sigurd Steiner: Ich habe kein Vertrauen zu irgendeinem Bankberater. Ich habe zwischenzeitlich alle Anlageformen in eigener Regie getätigt und bin dabei gut gefahren.

Imke Köhler: Herr Zeyer, Sie engagieren sich seit 2008 in der Schweiz für Geschädigte von Lehman Brothers. Herr Steiner in unserem Film hat seinen Prozess gewonnen. Wie schaut's denn mit den Geschädigten aus, die Sie vertreten?

René Zeyer: In der Schweiz ist leider kein einziger Prozess gewonnen worden, weil in jedem Einzelfall der Betroffene ja nachweisen muss, dass bei ihm irgendwas nicht gestimmt hat. Was uns aber gelungen ist – das ist sicher auch nachahmenswert. Ich habe einen Verein gegründet, der hat mehr als 1000 Mitglieder. Und mit ein bisschen Kriegstrommeln in der Öffentlichkeit kann man was erreichen, wo Banken sehr empfindlich reagieren, nämlich den so genannten Reputationsschaden. Also Banken möchten sich in der Öffentlichkeit ja immer als großartig und der liebe Beratungsonkel von nebenan darstellen. Wenn man da genügend Krach macht in der Öffentlichkeit, hat das in der Schweiz immerhin dazu geführt, dass die Schweizer Bank Credit Suisse, die da in erster Linie Schweizer Kleinanleger – genau solche Menschen, wie Sie hier gezeigt haben – in diese Schrottpapiere von Lehman mit hineinberaten hat, immerhin 150 Millionen Schweizer Franken zurückbezahlt hat an die Opfer. Und das waren immerhin 150 Millionen mehr, als sie am Anfang wollte. Weil am Anfang hat sie genau das Gleiche wie in Ihrem Beitrag gesagt: Lies doch mal das Kleingedruckte, Pech gehabt, shit happens, pfeif dir eins. Wir sind eine große Bank, du bist ein kleiner Kunde, wir haben so viele Anwälte, wie du wahrscheinlich Blumen in deinem Garten hast, also vergiss es. Auf juristischem Gebiet ist es wahnsinnig schwer, einer Bank irgendwie Herr zu werden. Auf publizistischem, öffentlichem Gebiet ist es schon einfacher.

Und noch einen zweiten Punkt von dem, was in dem Beitrag erwähnt wurde, halte ich für ganz wichtig. Er hat völlig Recht mit seiner Erfahrung. Vertraut keinem Bankberater – das ist kein Berater, das ist ein Verkäufer. Schlicht und einfach ein Verkäufer. Und zweitens: Das, was der euch erzählen kann als Kunden, das kann man als Kunde heutzutage selber genauso gut machen. Das ist überhaupt keine Zauberkunst oder mein Gott, die internationalen Finanzmärkte und wahnsinnig schwierig – überhaupt kein Problem. Der Kleinanleger, der sein Kleingeld selber anlegt, fährt wahrscheinlich hundertmal besser als derjenige, der seinem Bankberater vertraut, der ihm ja in letzter Instanz nur was verkaufen möchte, wovon

er als Bankberater Provision verdient und was seine Bank ihm auf den Tisch gelegt hat mit der Devise: das musst du jetzt loswerden.

Imke Köhler: Also da waren die Bankkunden nicht gut beraten. Herr Gerke, wie schaut's aus mit Bankguthaben über 100.000 Euro? Oder sagen wir erstmal, bis 100.000 Euro – bin ich da gut beraten? Kann ich mich wirklich darauf verlassen, dass die Einlage sicher ist?

Wolfgang Gerke: Ja, natürlich, wenn die Welt untergeht, dann ist es auch nicht sicher. Aber wer wird so ein Katastrophenszenario malen wollen? Dem Versprechen traue ich.

Imke Köhler: Also bis 100.000 Euro ist es sicher.

Wolfgang Gerke: Bis 100.000 Euro ist es sicher, dem Versprechen traue ich. Vor allen Dingen nach den Erfahrungen, die man in Zypern gemacht hat, wenn man hier die Sparer enttäuscht. Ich glaube, wir müssen achtgeben, dass der Bürger auch die Pflicht hat, wenn er sich eine Aktie kauft oder auch wenn er mit über 100.000 Gläubiger einer Bank ist, dass er sich erkundigt, welches Risiko ist mit einer Aktie verbunden oder welches Risiko ist mit einem Zertifikat verbunden. Und wir können jetzt nicht hingehen und sagen, wir wollen die Aktien fördern, also hat jeder Aktionär ein Schutzrecht und im Zweifelsfall muss der Staat dann eintreten oder jemand anders. Das würde das Wirtschaften nicht mehr ermöglichen. Wir sollten das Aktiensparen fördern, aber auf einem anderen Weg, steuerliche Maßnahmen oder sonstwas. Aber nicht, indem man aus einer Aktie ein sicheres Papier macht. Und so ist es natürlich auch bei Zertifikaten. Aber wenn ein Berater – was ja hier der Fall gewesen ist – die Unterschrift fälscht, dann gehört er ins Gefängnis. Natürlich hat dann der Kunde einen Anspruch. Oder wenn er ganz bewusst den Kunden über den Tisch zieht. Das ist was anderes.

Imke Köhler: Vielleicht können wir die letzten Minuten der Sendung wirklich dazu nutzen, nochmal konkrete Tipps für unsere Zuschauer zu geben, was Anlagen angeht. Keine Millionäre, aber normale Menschen, die ein bisschen was haben und sich jetzt überlegen, was tu ich damit im Jahre 2013, wo ist mein Geld sicher. Herr Androsch, das Sparbuch – ist das immer noch eine sinnvolle, sichere Option?

Hannes Androsch: Schlecht verzinst, in der Tat, aber sicher. In Österreich und in anderen Ländern eher weniger als mehr, vielleicht einige mehr – im Schnitt 19.000 Euro. Also mit den 100 ist die Masse der Spareinleger gesichert. Und das ist schon sehr wichtig. Also in dem Punkt gebe ich dem Herrn Asmussen in seiner vorigen Stellungnahme durchaus Recht. Und ich glaube, wir stimmen überein: Aktien sind Risikopapiere. Aber wir haben vorhin gehört – der Herr Steiner hat das zwar gewonnen, aber acht Prozent.

Imke Köhler: Die ihm versprochen waren ursprünglich.

Hannes Androsch: Jaja. Woanders hätte er vielleicht zu dem Zeitpunkt vier Prozent gekriegt. Es gibt schon auch die individuelle Gier. Vor 400 Jahren war es mit Tulpenzwiebeln und jetzt ist es mit allen möglichen Papieren. Und dann kommt noch der Herdentrieb dazu. Wollen wir diese menschliche Schwäche?

Imke Köhler: Er hätte sich informieren müssen und wissen müssen, acht Prozent sind nicht drin.

Hannes Androsch: Der Generalmusikdirektor Karl Böhm hat bei einer kleinen Bank in Graz – war damals viel Geld – zwölf Millionen Einlage gehabt und die ist pleite gegangen. Eine der Banken, die ich angesprochen habe. Und ich musste ihm sagen: Lieber Herr Dr. Böhm, warum haben Sie das gemacht? – Ja, dort habe ich mehr Zinsen bekommen. – Von dieser Verantwortung kann man keinen Anleger entheben, das muss auch klar sein.

Imke Köhler: Lassen Sie uns noch ganz kurz übers Gold sprechen. Es glänzt und die Menschen lieben es, weil sie die Vorstellung mögen, kleine Goldbarren im eigenen Safe zu stapeln. Ist das eine gute Anlageform 2013?

Hedwig Schneid: Wie wir wissen, nicht. Aber wie wir sehen, geht's ja jetzt wieder runter. Ich glaube, das ist schon ein bisschen auch in der menschlichen Natur und da darf man auf der einen Seite natürlich jedem nur zur Vorsicht raten. Aber man darf nicht jeden gleich verurteilen. Natürlich will er sein Geld vermehren, das ist das Eine. Und das Zweite ist, er will einen sicheren Hafen. Also Sicherheit ist ja schon eine menschliche Eigenschaft. Natürlich gibt's auch Menschen, die risikofreudig sind, und die kaufen Schweinebäuche und Öl-Derivate und ich weiß nicht was. Aber die verstehen ja auch meistens was davon.

Aber für den so genannten Normalanleger würde ich auch sagen, also Gold – erstens einmal die Depotgebühr, er hat's ja nicht unterm Bett im Normalfall. Und An- und Verkauf hat irrsinnig hohe Kosten.

Imke Köhler: Das klingt eher nach einem Nein.

Hedwig Schneid: Das klingt eher nach einem Nein. Ich wollte aber zu Herrn Dr. Androsch noch was sagen. Dieses Gespür einfach eben. Ich verstehe eines nicht: Wenn ein Mensch sich ein Auto kauft, dann macht er eine Probefahrt, dann schaut er das Auto vorn und hinten an, dann erkundigt er sich über den Verbrauch, inzwischen über den CO₂-Ausstoß – ich weiß nicht, was alles. Und die Menschen sind auf die Bank gegangen und irgendwer hat gesagt: zehn Prozent oder mehr – und schon war jegliche Vernunft weg. Und da kann ich nur sagen – ich meine, das klingt jetzt schon hart, aber ein bisschen mitdenken schadet ja bekanntlich nie.

Imke Köhler: Herr Zeyer, letzter Punkt: Wenn man das Geld hat, eine Immobilie kaufen?

René Zeyer: Ach ja, Immobilie ist immer relativ sicher. Wobei das Problem ist ja immer die Frage, wird es einem enteignet. Also ich meine, das Geld wird einem auf der Bank – entweder indem es die Bank verzoockt oder indem es einem der Staat wegnimmt – weggenommen. Die Immobilie kann ja auch verstaatlicht werden. Aber ich möchte noch auf einen Punkt zurückkommen von wegen der Geldgier. Ich meine, über zehn Prozent Gewinn haben wollen – keine Frage. Das Grundproblem und das Verbrechen dahinter ist ja: Auf einem Sparbuch, also auf einer so genannten sicheren Anlage, verliert der Sparer heute in Europa Geld. Er bewahrt noch nicht mal sein Geld, er will auch gar nicht spekulieren – er verliert Geld. Und wenn er damit Geld verliert, dann kommt er eben zur Bank und die Bank sagt: Wir hätten hier was, und zwar für vier Prozent.

Also Lehman-Papiere – um auf das zurückzukommen – das waren in der Schweiz meistens Anlagen, die ungefähr vier Prozent Gewinn abgeworfen haben. Da reden wir nicht von Zocken, da reden wir davon, ich möchte, dass mein Geld nicht weniger wird.

Imke Köhler: Sie merken schon: Es gibt nicht den eindeutigen, den perfekten Tipp. Alles ist immer ein „ja, aber“ und ist vielleicht trotzdem besser, als Oma zu bitten, einen neuen Sparstrumpf zu stricken. Sie werden nicht umhinkommen, sich zu informieren. Stellen Sie viele Fragen – und ich hoffe, Sie kriegen viele Antworten.